

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringselgeld monatlich 20 Pf. (ohne den Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Länder 3.00 - Erhöhter tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingststraße 14 Tel. 1768. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Druckerei werden die Einzelhefte Postfrei mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangehörigen 20 Pf. Interimist müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 48.

Dresden, Montag den 27. Februar 1911.

22. Jahrg.

Eine Ersatzwahl im Zentrumsgebiet.

Mit großer Spannung ist die Reichstagsersatzwahl im bayrischen Wahlkreis Rempten-Immenstadt erwartet worden. Die Wahl wurde durch den Tod des 1907 gewählten Zentrumskandidaten Schmidt erforderlich. Das Ergebnis der am Sonntag stattgefundenen Ersatzwahl ist: Antonsch (Zentrum) erhielt 11 856 Stimmen; Antonsch (Zentrum) 10 588 Stimmen; Schreinermeister (Sozialdemokrat) 3860 Stimmen. Es findet Ersatzwahl im bayerischen Zentrum und Liberalen.

Bei der Reichstagswahl im Januar 1907 erhielten das Zentrum 12 013, die Liberalen 10 688, die Sozialdemokraten 20 200 Stimmen. In der Ersatzwahl wurde dann mit 13 888 gegen 10 881 Stimmen der Zentrumskandidat gewählt.

Der letzte Wahlsieg war ein äußerst heftiger. Das Zentrum hat alle seine Kräfte auf. Es handelte sich für diese Partei nicht allein um den einzelnen Wahlkreis, sondern um seine politische Stellung überhaupt. Es wollte in diesem Wahlkreis, das die reaktionäre Schwärzung, die es im letzten Jahre vollzogen hat, ihm nicht ebenso schädlich werden wie den ihm verbündeten konservativen Parteien. Es war ein Kampf in einem fast rein katholischen Wahlkreis. Die „Zentrums-Ehre“ gebot, hier alles daran zu setzen, um eine Niederlage zu vermeiden. Alle Mittel der Agitation wurden aufgebracht. Der Ausgang der Wahlkampf ist jedoch für das Zentrum günstig.

Die Zentrumspartei hat zwar nur 157 Stimmen gegen 107 verloren und sie hat von neuem bewiesen, daß sie ihren Sitz sehr fest in der Hand hat. Auch kann das Zentrum behaupten, daß die Liberalen durch die gleichfalls ganz außerordentlichen Vermittlungen, die sie in diesem Wahlkampf aufzuweisen haben, nichts Besonderes erreicht haben. Dagegen hat die Sozialdemokratie dem Zentrum alle Hoffnung auf einen guten Ausgang gründlich verdoht. Die Sozialdemokratie ist der einzige Gewinner in dieser Wahl. Der Kampf für das Zentrum selbst nicht in Betracht kommt. Der Kampf hat in diesem Wahlkreis und stark ländlichen Wahlkreis im Jahre 1908 erst 703 Stimmen gezählt, 1903 erst 197 1909. Jetzt ist sie auf 3908 Stimmen aufgestiegen, hat ihre Stimmen gegen die vorige Wahl geradezu verdoppelt. Das ist ein ganz ausgezeichnetes Ergebnis, den unsere liberalen Parteigenossen in dem dunklen Gebiete errungen haben.

Von den sozialdemokratischen Stimmen hängt auch die Entscheidung in der Ersatzwahl ab. Im Jahre 1907 sind sozialdemokratischen Stimmen noch dem Zentrum zu gute gekommen. Rempten-Immenstadt zählt zu den — allerdings ganz vereinzelt — Kreisen, die das Zentrum sozialdemokratischer Wahlhilfe verdankte. Die Liberalen konnten nicht genug tun, gegen unsere Partei wegen des damaligen Wahlkreises allezeit geheiligte Vorwürfe zu konstruieren. Diese Vorwürfe waren völlig unberechtigt, denn die Liberalen hatten in der Wahlkampfzeit mit den Konservativen verbündet, waren Regierungspartei geworden, machte Kurraus aus dem Feldzug der Rüge mit, den Herr v. Willow gegen die Arbeiterpartei führte. In Bayern besonders waren die Liberalen seit langem alles andere als liberal, sie beherbergten einen Neid, die schlechtesten Scharfmacher.

Jetzt haben die Dinge ganz anders. Nicht, als ob das Gros der Liberalen politisch viel besser geworden wäre! Aber die Liberalen sind gewaltam aus der Wahlpolitik zurückgedrängt worden, während das Zentrum Regierungspartei wurde und in den letzten Jahren Wissen und Willens hat. Jetzt ist es oberstes Gebot, den Sozialdemokraten die Wahl zu verschaffen, zu zertrümmern! Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei für Rempten-Immenstadt die Parole des geistigen Fortschritts, den Urheber der schändlichen Steuererhöhung, den Verbündeten der ostelbischen Junker.

Der Vorwärts bemerkt zu dem Wahlergebnis: Die Sozialdemokratie gibt den Ausschlag sie wird ihn geben, wenn sie gegen den Kandidaten des schwarzbauen ausbleibt!

Die Bedeutung der Wahl ist unübersehbar, sie zeigt augenfällig, daß die Zentrumspartei es zum Teil hat, sich weiter von ihren politischen Zentren freizumachen und verlassen zu lassen. Als Mittel hierzu bedient sie sich der Hoffnung, daß die Wahlstimme auf eine Wahl, die die Wahl der kommenden allgemeinen Wahl sein, die Partei lautet. Wieder mit den Werten und Zeugnissen!

Das Berliner Tageblatt sagt: Den größten Erfolg hat allerdings auch in Immenstadt die Sozialdemokratie zu verzeichnen. Sie hat ihre Stimmen um das Fünffache an der Spitze... Man darf erwarten, daß die Liberalen Kandidaten, abgeben werden. In diesem Fall kann die Wahl des Liberalen Abgeordneten als sicher gelten. Damit hat sich dann freilich auch diesmal wieder herausgestellt, daß in zukünftigen Wahlkreisen ohne die Sozialdemokratie nicht, wenn der Liberalismus den Parteien des schwarzen Blutes

ernstlich zu Hilfe gehen will. Ueber diese Situation und über die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen sollte man sich im liberalen Lager überlegen. Gelingt es, wenigstens bei den Ersatzwahlen eine taktische Verständigung zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie herbeizuführen, dann darf man, wie auch die Nachwahl in Immenstadt wieder gezeigt hat, darauf rechnen, daß sowohl den Konservativen als den ihnen verbündeten Gruppen wie dem Zentrum bei den nächsten Wahlen erheblicher Anbruch getan werden kann. Es bedarf nur einer taktischen Verständigung der Oppositionsparteien, um dieses Ziel zu erreichen und damit das deutsche Volk von dem blauschwarzen Abgrund zu befreien.

Die Wahlschlüsse des Verl. Tagebl. werden natürlich bei den Nationalliberalen keine Gegenliebe finden. Diese Partei wird vielmehr in verschiedenen Landesteilen mit den Konservativen und sogar mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Wenn wir Sozialdemokraten in zukünftigen Ersatzwahlen in erster Linie erklären: Gegen Ritter und Pfaffen, gegen Konservative und Zentrum, so tun wir dies, ohne uns im allergeringsten über die politische Unzuverlässigkeit der meisten Liberalen zu ärgern. In weiten Reichweite hat unsere Partei die Kaufm.-Liberalen als ihre Hauptgegner und wir werden ihnen aufspielen!

Wo die Liberalen den Konservativen und dem Zentrum die Ehre abnehmen können, wird die Sozialdemokratie dabei mitwirken. Ueberall sonst werden wir sie selbstverständlich aufs schärfste bekämpfen!

Die französische Kabinettskrise.

Schneller als erwartet wurde wird Briand seinen Platz verlassen. Aus den widerspruchsvollen Meinungen geht hervor, daß er am Montag nachmittag dem Präsidenten Fallières die Demission des gesamten Kabinetts überreichen wird.

Herr Briand hatte sich in der letzten Zeit vielfache Feindschaften zugezogen. Er war vor Jahren energisch hervorgetreten, aber nach und nach sind an die Stelle energischen Handelns Halbheiten gekommen, die selbst den Radikalsocialisten, seinen Freunden, unangenehm wurden. Das Kongressgesetz, das er in der Kammer zur Annahme gebracht und durchzuführen sollte, ist ihm zum Verhängnis geworden. Die Radikalsocialisten, die eine schnelle und gründliche Durchführung des Gesetzes wünschten, mußten immer mehr sehen, daß Herr Briand mehr und mehr in Konfessionen machte und den Kirchengemeinschaften zu viel Spielraum ließ. Sein Parteianhänger M. A. B. konnte ihm das am Freitag an Hand der ihm von Briand selbst übergebenen Akten nachweisen, und da der letztere in seiner Abwehr vollkommen versagte, war das Urteil gesprochen: nur 16 Stimmen mehr waren es, die Briand noch das Vertrauen ausdrückten.

Damit haben die Linksradikalen erreicht, was sie längst im Schilde führten. Eine gestern von ihnen abgehaltene Versammlung gestaltete sich zu einer wahren Siegesfeier, in der Verteaug, Crupps und Steeg Ansprachen hielten und ein lang vorbereitetes Regierungsprogramm darlegten, das einen vereinigten Block der vereinigten Linken einschließt der Sozialisten vorzieht. Unsere französischen Genossen sind natürlich froh, den Ministerpräsidenten Briand los zu werden. Herr Briand hatte besonders in letzter Zeit seiner Gegnerschaft gegen die sozialistische Arbeiterbewegung immer unerschöpflicher Ausdruck gegeben, und seine letzten Taten, die darin gipfeln, den Eisenbahnbedienten das Koalitionsrecht zu nehmen, machte ihn den Sozialisten nur noch verhaßter. Der Mann, der jahrelang mit Jaurès und Genossen an der Spitze der französischen Partei stand, der den Arbeitern das Mittel der direkten Aktion empfahl: er war der erste, der sie dafür mahnen wollte, als die Arbeiter von diesem Rechte Gebrauch machten.

In den verschiedensten Kombinationen wird natürlich auch schon von dem Nachfolger Briands gesprochen. Die verschiedensten Namen werden genannt: so Millerand, Combes, Clemenceau, Delcassé, Verteaug u. a. Vielfach wird aber auch angenommen, daß das Kabinett selbst eine Umbildung vornimmt und an die Stelle Briands ein anderer Minister tritt. Briand selbst werde dann ein anderes Portefeuille übernehmen. Wieder andere sind der Meinung, daß Briand jetzt vollkommen ausscheiden, aber bald wieder in das Kabinett eintreten werde. Aber es sind halt alles Kombinationen, denen nichts Bestimmtes anzudeuten ist.

Das zweite Kabinett Briand wurde am 4. November 1910 gebildet, als nach der großen Debatte über den Eisenbahnbau Briand das erste Kabinett aufgestellt hatte. Das zweite Kabinett hat also etwa vier Monate bestanden. Das erste Kabinett Briand wurde im Juli 1909 gebildet, nachdem Clemenceau im Laufe einer Debatte über die Marine durch ein unvorsichtiges Wort gestürzt war. Briand selbst war seit 1906 Minister. Er begann seine Tätigkeit im Kabinett Sarrien als Unterrichtsminister, blieb unter Clemenceau in der gleichen Stellung, bis er nach dem Tode Auguste Delcassés Justizminister wurde. Er ist also länger als fünf Jahre im Amt gewesen.

Gleichberechtigung der Frau.

Marie Lidsnewska, die Führerin der liberalen Frauenbewegung, schreibt in einer Broschüre, daß der 15. Mai 1908, an welchem Tage das neue Vereinsgesetz in Kraft trat, auch für den deutschen Mann den Anfang einer neuen Epoche bedeute. „Für die Männer aller Parteien heißt es: umdenken, Neues lernen, neue Pflichten erfüllen. Ihre Parteiprogramme vor allem — mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie — bedürfen einer gründlichen Revision, um den Frauen gerecht zu werden.“ Und sie nimmt sich dann insbesondere die Liberalen Parteien ans Horn. Ueber das Maß dessen, was sie für die Frauen in ihre Programme aufnehmen würden, brauche man sich keinen Illusionen hinzugeben. „Aber daß gar nichts geschieht, daß man nach dem 15. Mai 1908 die Parteiprogramme in ihrer alten Verfassung beläßt, das ist in der Tat ein starkes Ethik...“ Tatsächlich hat Herr Seydewitz (bei der ersten Beratung der Wädchenschulreform im preussischen Landtage) Verursacher und mehr im Sinne der Frauen gesprochen als alle liberalen Abgeordneten zusammen genommen... Ebenso ging's beim Lehrerbildungsgezet. Die Interessen von 15 000 weiblichen Beamten standen zur Debatte. Konservative und Zentrum gingen mit Verbesserungsanträgen voran. Die Führer der Liberalen aber mußten erst von außen gestochen und gedrückt werden, ob sie denn glaubten, daß man die Frauen durch Nichtstun für den Liberalismus gewinnen könne.“ Fräulein Lidsnewska schließt aus diesen Vorgängen, daß es sich bei der Revision der Programme keineswegs allein um das Frauenstimmrecht, sondern zugleich um viel näherliegende, brennende Tagesfragen handle. Aber vor allem auch für das Frauenstimmrecht sind die liberalen Parteien in der Praxis nicht zu haben. Zwar hat sich die Freisinnige Vereinigung auf ihrem Parteitag im Oktober 1908 nach einem Vortrag von Eise Lüders für das Frauenstimmrecht erklärt; aber als dann die preussische Wahlrechtsbewegung begann, da erklärte zum Beispiel Herr Raumann, daß man diesen Kampf unmöglich mit der Forderung des Frauenstimmrechts belasten könne, denn „dann könne die Bewegung keine Volksbewegung werden“. Demgegenüber erliefen Fräulein Lidsnewska noch einmal dankbar an, daß die Sozialdemokratie dahingehend vorangeschritten ist in ihrer Stellung zur Frauenfrage. „Ihr Erfurter Programm vom Jahre 1891 fordert die volle Gleichberechtigung der Frau auf jedem Gebiete. Sie hat auch diesem Programm gemäß in der Werbung und Heranziehung der Frauen zu politischer Arbeit stets gehandelt.“

Aus dieser Aeußerung der liberalen Führerin — der wir ähnliche, von anderen Führerinnen der liberalen Frauenbewegung leicht anreihen können — geht hervor, daß von allen Parteien allein die Sozialdemokratie stets in Theorie und Praxis für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten ist. Denn Konservative und Zentrum sind wohl für gelegentliche Aufbesserung des Einkommens der Frauen, für Reform der Wädchenschulen und dergl. zu haben, sie haben aber noch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß von rechtlicher Gleichstellung der Frau mit dem Manne für sie keine Rede sein könne. Hat doch z. B. nach 1908 der Jesuitenpater Viktor Cathrein in seinem Buche über die Frauenfrage unter Berufung auf den heiligen Paulus gefordert, daß die Frauen unter allen Umständen den Männern untertan sein müssen und durch „keine Widerwärtigkeiten“ sich entmutigen lassen dürfen, d. h. auch dann, wenn sie von den Männern „böse Behandlung“ erfahren! Also, von der Seite ist für die Gleichberechtigung der Frau sicher nichts zu hoffen. Und die Liberalen — wie Fräulein Lidsnewska zeigt — reden wohl viel vom Rechte der Frau, wollen aber nichts dafür tun. Jedoch hat sich die liberale Führerin denn auch einmal die Frage vorgelegt, woher es kommt, daß gerade die Sozialdemokratie allerwegen für die Rechte sämtlicher Frauen, der bürgerlichen nicht minder wie der proletarischen, in die Schranken tritt, indes die bürgerlichen liberalen Frauen von ihrer eigenen Partei so schände im Stich gelassen werden? Wird diese Frage ernstlich untersucht, so gelangt man zu der Erkenntnis, daß nicht zufällige persönliche Eigenschaften der Führer die Haltung der Parteien in der Frauenfrage bestimmen, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Grundkräfte, die in den verschiedenen Parteien zum Ausdruck gelangen.

Welches ist denn in erster Reihe die Forderung und das Ziel der liberalen Frauenbewegung? Eröffnung aller der Berufe, die bisher nur den Männern zugänglich waren. Die Frauen bürgerlichen Standes können heute nicht mehr mit Sicherheit auf Ernährung durch einen Mann rechnen. Sie müssen sich selbst ernähren. Sie wollen dieselben Berufe ergreifen wie die Männer ihres Standes: Kaufleute wollen sie werden, Metzger, Rechtsanwälte, Beamte usw. Zulassung der Frau zu all diesen Berufen und die hierfür nötige Vorbildung, das ist demzufolge die Parole der bürgerlichen Frauenbewegung. Aber beides muß erkämpft werden, und zwar gegen den Widerstand der Männer der eigenen Klasse! Denn diese glauben sich geschädigt durch die Konkurrenz der Frauen, die in ihre Berufe eindringen. Dies erklärt die widerspruchsvolle Haltung der liberalen Parteien. Sollen sie die Bestrebungen der Frauen unterstützen und dadurch ihre eigenen männlichen Anhänger schädigen und vor den Kopf stoßen? So haben sie sich bisher herausgeholfen.

Agitationsbezirk Dresden!

Wir geben hiermit bekannt, daß das Parteisekretariat für den Bezirk Dresden am 1. März 1911 nach Dresden an das Sekretariat zu richten.

Adresse:
Sozialdemokratisches Bezirkssekretariat
Dresden-N., Ribbenbergstraße 4, II.

Nach die Referenten werden nur noch von dieser Stelle vermittelt. Im Interesse der Einheitlichkeit und Einheitlichkeit der Agitation werden alle Wahlkreise und Bezirke, die dem Sekretariat zu befehlen. Besondere Wünsche besprechen auf die Person werden soweit wie möglich berücksichtigt.

Die Besprechungen sind auf wochentags vormittags von 8 bis 12 Uhr nachmittags von 3 bis 6 Uhr festgesetzt. Sekretär
Graf Otto Kühn.

Telephon: Amt Dresden, 18 367.

Wir erziehen alle Vertrauenspersonen der Partei, besonders auch die übrigen sächsischen Bezirkskomitees, von den Mitteilungen Kenntnis zu nehmen.
Dresden, 25. Februar 1911.

Das Bezirks-Agitationskomitee.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Sieg der Polizei.

Bei der Firma Dr. Niesche in Plauen haben die Arbeiter wieder einen schweren Kampf um die Anerkennung der Forderungen der Gewerkschaften durchgemacht. Dabei hat die Polizei eine Rolle gespielt, die in dieser Beziehung etwas gewöhnlich, aber ein derartiges Vergehen für die Firma und die edlen Streikbrecher ist doch nicht da. Unter der falschen Anschuldigung, die Arbeiter hätten die Läden der Fabrik zu schließen, ja den öffentlichen Verkehr zu unterbrechen, sind sie in erster Linie der Polizei zu danken. In dieser Schilderung heißt es:

Die Niesche'schen Arbeiter müssen unter den alten Verhältnissen weiter arbeiten. Besetzt hat aber nicht die Firma, nicht die Arbeitgeberorganisation, sondern — die Polizei. Sie warf ihre Macht über die Arbeiter in die Waagschale. Man ist von der Plauerer Polizei in dieser Beziehung etwas gewöhnt, aber ein derartiges Vergehen für die Firma und die edlen Streikbrecher ist doch nicht da. Unter der falschen Anschuldigung, die Arbeiter hätten die Läden der Fabrik zu schließen, ja den öffentlichen Verkehr zu unterbrechen, sind sie in erster Linie der Polizei zu danken. In dieser Schilderung heißt es:

Die Niesche'schen Arbeiter müssen unter den alten Verhältnissen weiter arbeiten. Besetzt hat aber nicht die Firma, nicht die Arbeitgeberorganisation, sondern — die Polizei. Sie warf ihre Macht über die Arbeiter in die Waagschale. Man ist von der Plauerer Polizei in dieser Beziehung etwas gewöhnt, aber ein derartiges Vergehen für die Firma und die edlen Streikbrecher ist doch nicht da. Unter der falschen Anschuldigung, die Arbeiter hätten die Läden der Fabrik zu schließen, ja den öffentlichen Verkehr zu unterbrechen, sind sie in erster Linie der Polizei zu danken. In dieser Schilderung heißt es:

Die Niesche'schen Arbeiter müssen unter den alten Verhältnissen weiter arbeiten. Besetzt hat aber nicht die Firma, nicht die Arbeitgeberorganisation, sondern — die Polizei. Sie warf ihre Macht über die Arbeiter in die Waagschale. Man ist von der Plauerer Polizei in dieser Beziehung etwas gewöhnt, aber ein derartiges Vergehen für die Firma und die edlen Streikbrecher ist doch nicht da. Unter der falschen Anschuldigung, die Arbeiter hätten die Läden der Fabrik zu schließen, ja den öffentlichen Verkehr zu unterbrechen, sind sie in erster Linie der Polizei zu danken. In dieser Schilderung heißt es:

Die Niesche'schen Arbeiter müssen unter den alten Verhältnissen weiter arbeiten. Besetzt hat aber nicht die Firma, nicht die Arbeitgeberorganisation, sondern — die Polizei. Sie warf ihre Macht über die Arbeiter in die Waagschale. Man ist von der Plauerer Polizei in dieser Beziehung etwas gewöhnt, aber ein derartiges Vergehen für die Firma und die edlen Streikbrecher ist doch nicht da. Unter der falschen Anschuldigung, die Arbeiter hätten die Läden der Fabrik zu schließen, ja den öffentlichen Verkehr zu unterbrechen, sind sie in erster Linie der Polizei zu danken. In dieser Schilderung heißt es:

mitgeteilt: Abg. Günther erstattete einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen, die bis jetzt mit dem national-liberalen Landesvereinsvorstande zwecks Vermeidung liberaler Doppelkandidaturen gepflogen worden sind. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache, insbesondere über das Verhältnis der beiden liberalen Parteien zu einander in den einzelnen Wahlkreisen. Als Ergebnis der Verhandlungen ist die einstimmige Annahme folgender Resolution zu verzeichnen:

Die am 26. Februar in Dresden tagende Versammlung des Vorstandes und des Landesvereins der Fortschrittlichen Volkspartei im Königreich Sachsen erklärt angesichts der politischen Lage: Um den baldigen Aufmarsch der liberalen Parteien im Königreich Sachsen zu fördern, sollen die Verhandlungen über die Aufstellung der Reichstagskandidaten mit den Nationalliberalen fortgesetzt und bis Ende April zu Ende geführt werden. Ist bis dahin eine Einigung nicht erfolgt, so soll der Aufmarsch der Fortschrittlichen Volkspartei selbständig erfolgen. Voraussetzung der Verhandlung muß ihre partiatische Grundlage sein.

Die Fortschrittler haben den Nationalliberalen also ein Ultimatum gestellt; doch haben sie noch reichlich Zeit zum Aushandeln gelassen. Es handelt sich ja besonders um die Lausitz, in den meisten anderen Kreisen ist wohl der Aushandeln zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen längst fertig. In der Lausitz hat es jedoch bisher noch nicht geklappt.

Gerücht.

Der Leipziger Lehrer Dr. Wünsche, gegen den das Disziplinarverfahren eingeleitet war, weil er am 31. Jan. in der öffentlichen Versammlung im Schillerpark angeblich die Direktoren beleidigt haben sollte, ist bereits verurteilt. Verurteilt, ohne daß die Frist abgewartet ist und ohne Zeugen zu verhören. Der Bericht des Lehrerbundes hat genügt, um Dr. Wünsche zu der ersten Stufe des Besserungsverfahrens, der Ermahnung, zu verurteilen.

Die Einstellung des Lehrers ist auf Grund der mittel-alterslichen Disziplinarverordnung erfolgt, die ein solches geheimes Verfahren noch ermöglicht, so daß ein Lehrer verurteilt werden kann, ohne daß er die Möglichkeit erhält, sich zu verteidigen.

Ein „sozial empfindender“ Bürgermeister.

Seit einigen Wochen kämpft man in Meerane um die Unterfütterung der Schulkinder auf Unterernährung hin. Die Anregung ging von den Lehrern aus. Offenbar hatten die Lehrer in der Schule beobachtet, daß die Ernährung der Kinder zu wünschen übrig ließ. Man bestritt vom Rat eine Unterfütterung, erklärte sich aber bereit, ein Gutachten einzuholen. Der letzte Stadtratsbeschluss lag nun ein solches ärztliches Gutachten vor. Wie selbstverständlich war, schloß sich das Gutachten der Ansicht des Rates an. Aus diesem Anlaß kam es zu einer heftigen Diskussion, in deren Verlauf unsere Genossen mehr Mittel für soziale Zwecke und eine besondere Unterfütterung der Kinder forderten. Der Bürgermeister meinte aber, es werde dafür genug aufgebracht, aber für zwecklose Dinge könne kein Geld ausgegeben werden. — Die Legitimationen werden mit dem Bürgermeister zufrieden sein, die Arbeiter aber haben allen Anlaß, sein Verhalten scharf zu beurteilen.

Die Tuberkulose als Todesursache.

Nach den Feststellungen des Direktors Schädel vom Chemnitzer Statistischen Amt ist, wie in Deutschland überhaupt, so auch in Sachsen und in Chemnitz die Tuberkulose als Todesursache stetig im Rückgang begriffen. In Chemnitz ist der Rückgang ganz bedeutend, denn im Jahr 1881/82 starben von 10000 Einwohnern 30,88 an Tuberkulose, im Jahr 1905/10 aber nur noch 18,5. Ein trübendes Bild zeigt aber heute noch die Statistik, wenn sie die Sterblichkeit an Tuberkulose innerhalb einzelner Berufe beleuchtet. Verhältnismäßig am meisten Todesfälle waren in den letzten vier Jahren festzustellen bei den Gastwirtschaftlichen. Von 100 Gestorbenen starben 50 bei den männlichen, 58 bei den weiblichen an Tuberkulose! 45 bis 50 Prozent aller Sterbefälle wiesen Tuberkulose als Todesursache auf im Verufe der Verkäufer, Kommiss, der Gehilfen in den Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, der Arbeiterinnen in der Textilindustrie; 40—45 Prozent, die Bäcker sowie die Handlungs- und Bureaugehilfen; 35—40 Prozent, das kaufmännische Kontorpersonal, Reisende, Versicherungs- und Bankbeamte, Lehrpersonen, Erziehungsbeamten, Krankenschwestern, Künstlerinnen und in freien Berufen tätige weibliche Personen. Am günstigsten zeigten sich die Verhältnisse in den Berufen der höheren Beamten und Lehrer, der Geistlichen, Offiziere, Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker; da wiesen nur 5 von 100 Tuberkulose als Todesursache auf. 5—10 Prozent waren es bei den Volksschullehrern, selbständigen Industriellen, Gärtnern, Landwirten, Verwaltern und Leitern industrieller Betriebe; 10—15 Prozent bei Schankwirten, weiteren öffentlichen Beamten, selbständigen gewerblichen Meistern, bei den Kaufleuten, Textilarbeitern, Gehilfen in der Landwirtschaft und im Gartenbau, bei den selbständigen Gewerbetreibenden, Walsch- und Scheuerfrauen und anderen Tagelöhnerinnen. Alle anderen Berufe stehen in der Mitte dieser höchsten und niedrigsten Prozentätze der Sterblichkeit an Tuberkulose: 15—20 Prozent. Im allgemeinen steht das weibliche Geschlecht schlechter als das männliche nach dieser interessantesten statistischen Arbeit. Diese Statistik bestätigt wieder, daß die Tuberkulose in der Hauptsache eine Krankheit der Armen und Kernisten ist. Schlechte Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse sind der Nährboden der Tuberkulose; durch Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bekämpft man am besten die Tuberkulose.

Leipzig. Der Verfassungs- und der Finanzauschuß der Stadtverordneten haben in ihrer am Freitagabend abgehaltenen Sitzung der Katsvorlage, betreffend die Einführung der Viersteuer, mit 12 gegen 8 Stimmen zugestimmt. Am Mittwochabend entscheiden die Stadtverordneten darüber. Es wird voraussichtlich zu einem scharfen Kampfe um die Viersteuer kommen, deren Ausgang allerdings nach der Entscheidung der Ausschüsse kaum noch zweifelhaft sein kann.

Schneeberg. Der Bau eines Handelsschulgebäude wird dadurch wesentlich gefördert, daß die Staatsregierung der kaufmännischen Genossenschaft ein Darlehen von 20000 M. zunächst auf zehn Jahre zinslos und einen erheblichen Betrag zu den Einrichtungskosten gewährt. Die hiesige Stadtgemeinde stellt für die Handelsschule einen Bauplatz an der Ringstraße unentgeltlich zur Verfügung, und ebenso haben die hiesigen Kollegien zur Beschaffung des Inventars 500 M. bewilligt.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In dem am Sonnabend von Leipzig nach Chemnitz fahrenden Personenzug wurde in einem Coupe zweiter Klasse ein Paar demütiglos aufgefunden. Neben den beiden stand eine Flasche mit Chloroform. Ehe der Arzt zur Stelle war, verstarben beide. Durch einen bei den Lebensmüden gefundenen Brief ergab sich, daß der Herr der 60 Jahre alte Polizeibeamte Wochmann aus Niesitz und die Dame die 23jährige Verkäuferin Anna Woch aus Niesitz war. Beide unterhielten ein Liebesverhältnis und sind, wie aus hinterlassenen Briefen zu ersehen, gemeinschaftlich in den Tod gegangen. Es wird in hinterlassenen Papieren noch der Wunsch ausgesprochen, daß sie hier einigermassen werden möchten. Zu diesem Zweck notwendiges Geld fand sich bei ihnen vor. — Am Sonnabendabend in Mittweida mehrere Techniker in einem Restaurant mit der Kassierin scherzten, ließ das Mädchen einen Bierstiel fallen, der in tausend Scherben zerplatzte. Einer der jungen Leute stürzte und fiel so unglücklich in die Scherben, daß er sich mehrere Schenken des Hinterkopfes erlitt. Er mußte nach Chemnitz in eine Klinik verbracht werden. — Ein 18 Jahre alter Jahntechniker in Leipzig wollte in seiner Wohnung mittels eines kleinen Vulkanisierers ein Gebiß vulkanisieren. Pflötzlich platzte der Boden aus dem Kessel und traf den Techniker gegen den Unterleib derart, daß er schwere innere Verletzungen erlitt. Er mußte in das Krankenhaus verbracht werden. — Dieser Tage erhielt in Olschitz ein Einwohner einen Brief, der vor vier Jahren aufgegeben war. Der Abgangstempel ist der 23. Februar 1907, Köln a. Rh. Die Freimarkte fehlte und der Empfänger mußte noch 20 Pf. Strafpunkte zahlen. Da der Absender den Brief von Dresden aus schrieb, ist dieser wahrscheinlich durch einen Zufall nach Köln geraten und von dort wieder nach Sachsen geschickt worden. Ueber die Schicksale während der vier Jahre kann der Brief leider nichts erzählen. — In der Papierfabrik zu Waage ist der 27 Jahre alte Maschinengehilfe Wenzel von einem Treibriemen erfasst und in das Getriebe gezogen worden. Dabei hat er so schwere innere Verletzungen erlitten, daß er im Städtischen Krankenhaus gestorben ist. — Dem im Steinbrüche Gröndel bei Rammes beschäftigten Steinarbeiter Paul Wünsch gescheherte eine Granitplatte das Bein vollständig. Die Sanitätskolonne brachte den Unglücklichen in seine Wohnung.

Stadt-Chronik.

Enttäuschte Hoffnungen.

Schwere Anschuldigungen gegen die Verwaltung wurden in der Generalversammlung der Vereinigten Sparcasen (M. u. B. D. in Liquidation) erhoben. Die Gesellschaft, eine antisemitische Gründung, stand vor zehn Jahren infolge verfehlter Grund- und Bodenpekulation vor dem Zusammenbruch. Die Einleger, meist kleine Leute, bühnen den größten Teil ihrer Ersparnisse ein. Ein Teil zog es vor, auszuscheiden und sich mit der Auszahlung ihrer Einlagen in Höhe von 80 Prozent zu begnügen, die übrigen Einleger schlossen sich aber zu einer Gesellschaft mit beschänkter Haftpflicht zusammen. Man wollte günstigere Zeiten abwarten, um dann Grund und Boden zu entsprechenden Preisen an den Mann zu bringen und selbst möglichst ohne jeden Verlust davonkommen. Zu diesem Zwecke wurde eine sorgfältige Verwaltung eingesetzt, die jedes Jahr Tausende und Abertausende verschlingt — der Direktor Götz (früher antisemitischer Stadtverordneter) bezog allein 10000 M. Jahresgehalt —, die Liquidation selbst kaum in nennenswerter Weise vorwärts brachte, wohl aber die Mitglieder von Jahr zu Jahr zu trösten verstand. Wie soll es zurzeit mit der Liquidation ausfallen, zeigt der Geschäftsbericht auf das Jahr 1910. Dort wird ein außerordentlich harter Bericht über den Bauzustand der Gesellschaft konstatiert. Und wie sieht es mit den Hypotheken der Gesellschaft aus! Es stehen 378 840 an erster, 188 000 M. an zweiter und 121 400 M. an dritter und sechster Stelle (!), außerdem 171 300 M. auf Bauland. Das der Gesellschaft gehörige Bauland liegt aber zum großen Teil in Gegenden, wo an eine Erschließung zu Baumzwecken nicht zu denken ist. Trotzdem wird am Schluß des Berichts behauptet, die Gesellschaft befinde sich jetzt in einer besseren Position als früher. Man bespricht sich viel von der Ertüchtigung zweier Hypotheken durch den Stadtrat.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, der Landtagsabgeordneter und Rechtsanwalt Dr. Böhm, gab zu dem Geschäftsbericht einige Erläuterungen. Die Kosten der Verwaltung hätten sich entgegen den begabten Erwartungen leider nicht vermindern lassen. Hauptächlich sei das auf den Prozeß zurückzuführen, der den Rückgang an der Bürgerwiese (Dianabad) betraf und drohte, die ganze übrige Liquidationstätigkeit lahm zu legen. Zum Glück sei es dann zu einem Vergleich gekommen. Auch habe dieses Grundstück einen Mietausfall von 6000 M. gebracht. Dagegen sei es gelungen, das stark mit Renten belastete Goltzart Bauland bis auf eine Baustelle, insgesamt 12 700 Quadratmeter, abzugeben, auch schwebten zurzeit Verhandlungen wegen des Verkaufs des Baulandes in Remitz, das 35 000 Quadratmeter umfasse. Dr. Böhm verteilte schließlich mit einem günstigeren Blick auf den künftigen Ausblick.

In der Diskussion kam es zu erregten Szenen. Herr Krausmann wünschte eine Erklärung, warum der Mietausfall nicht aus der Bilanz zu ersehen sei. Dr. Böhm suchte das damit zu rechtfertigen, daß das Grundstück nicht der Gesellschaft gehöre. — Herr Weinrebe wendet sich ebenfalls gegen die Unübersichtlichkeit der Bilanz. Die 887 040 M. Hypotheken müßten bei 4 Prozent, 35 000 M. Zinsen ergeben. In der Bilanz erscheint aber kein Pfennig Zinsen. Dr. Böhm: Wir dürfen die Leute nicht drücken, sonst schaden wir uns selbst. Bei Zwangsversteigerungen ist für uns nichts zu erreichen. Wir müssen den Leuten über die üble Zeit hinweghelfen. — Herr Weinrebe wünscht darauf, daß die Bilanz gute und schlechte Hypotheken unterseide. Unbegreiflich sei es auch, daß obwohl die Grundstücke voll vermietet seien und eine günstige Konjunktur sei, das Ertragsverhältnis gegenüber dem Vorjahr noch geringer geworden ist. Unverständlich sei ferner, daß bei einem Guthaben von 1 893 700 Mark nur 28 000 M. Zinsen herauskommen. Die Gehälter freissen so viel, daß wohl auch eine genaue Spezifikation den Mitgliedern zur Beruhigung vorgelegt werden könnte. So wie hier verfahren werde, sei es ein Skandal! (Bewegung.) Herr Böhm erwidert den Redner, solche Angriffe zu unterlassen. Herr Weinrebe (fortfahrend): Wo steht das viele Geld und wo sind die Zinsen? Koch der jetzt für den Hausbesitzer günstigen Zeit, wo alle Wohnräume vermietet werden, können sich nicht unsere Verhältnisse. Vor zehn Jahren wurde und gesagt: Unser Grundbesitz ist gut, nur müssen wir abwarten! Man schätzte damals unsern Grundbesitz auf 3 300 000 M. und heute sind es kaum 600 000 M. Was das, was die Herren damals ausgeföhelt haben, ist nicht mehr gewesen. (Wiederum.) — Dr. Böhm erwiderte (teilweise lebhaftem Widerspruch), daß man damals unparteiische Sachverständige gehabt habe, deren Urteil man sich unterwerfen müßte. Die

Verwaltung treue also keine Schuld. Die Anstellung einer Spezialkommission über jedes Grundstück wäre formenmäßig nicht möglich. — Der Vorstand wünscht Auskunft, wie hoch der Verlust auf dem Grundstücksmarkt gewesen ist und zu welchem Preise Anteile heringekommen sind. — Herr Käfer registrierte den Kapitalverlust auf 8000 M. und behauptete, daß die Anteile zu 40 Proz. heringekommen sind. — Demgegenüber stellt Herr Trautmann fest, daß die Anteile zu 15 Proz. anboten, aber ohne Zinsen. Die Forderung vermittelte also Anteile zu ganz gedrückten Preisen und schloß damit die ganze Sache. (Zweifelhafter Verlust.) Durch solche Operationen werden die Mitglieder entmutigt. In dieser Liquidation wurde keine Vorsicht, sondern Nachlässigkeit. Bei Erledigung der weiteren Tagesordnung teilte Professor Reiser unter allgemeiner Bewegung mit, ein Beamter der Treuhandbank habe ihn neulich zu veranlassen gesucht, seine Anteile in Papier umzuwandeln mit dem Bemerkten, daß es sonst überhaupt nichts gebe, aus der ganzen Sache komme nichts mehr heraus. Die Situation sei heute also so: Kriß Vogel oder Kriß! Der betreffende Beamte mußte die Wichtigkeit dieser Verhandlungen in der Hauptversammlung angeben.

Der Vorsitz der weiteren Verhandlungen wurde es als besonderer Beleg, daß der Direktor St. D. H., der doch ein so hohes Gehalt beziehe, es seinen Beamten überlasse, Aufklärung zu geben. Was hätte sich in Zusammenhang? Schließlich wurde Direktion und Aufsichtsrat einstimmig entlassen.

Zum Schluß der Verhandlung wurde noch die Anfrage gestellt, ob der Direktor anlässlich der Lage der Gesellschaft von seinem Gehalt von 10000 Mark nicht etwas zurückstellen wolle. Eine solche Anregung sei schon in der letzten Generalversammlung geäußert und damals zurückgewiesen worden, die Sache in Erwägung zu ziehen. Dr. Böhm erwiderte, Direktor St. D. H. beziehe bereits die Spesen aus seiner Tasche und werde „rückwärts“ dieses Jahr auch etwas von seinem Gehalt zurückgeben. „Rückwärts“ würde er seine Entscheidung von dem Verlauf der heutigen Verhandlung abhängig machen. Herr St. D. H. schweig sich auch darüber aus.

Mit Verwünschungen und Vermutungen nicht gerade erfreulich ist vorliegen die meisten Anwesenden des Besatz.

Das Neujahre der Hygiene-Ausstellung

Wird sich nach Angaben des Stadtbaurates Professor Erkwein folgendermaßen gestalten. Neber 2 1/2 Millionen Mark werden in der Gebäuden der Ausstellung verbaut, das Gebäude für die Anstellung beansprucht allein einen Aufwand von 250000 M. Gegen 65 neue Gebäude, zum Teil in großartigem Umfang, werden errichtet. Der bisherige Eingang an der Lennestraße wird fastiert, von den beiden Brücken über die Lennestraße wird die eine als Bahn zur Beförderung des Publikums benützt werden. Auf dem Ausstellungsgelände wird eine große chinesische Pagode errichtet. Die Vergütungsgede werde sehr umfangreich, auf ihr gebe es japanische Restaurants mit ersten Geislas, Rollschuhbahn, Hippodrom, Tanzsalon, eine Vergnügungsabteilung, wie sie noch keine Ausstellung Europas gesehen habe, weder in Brüssel, noch in Paris oder London. Der Reich der Ausstellung wird zugewandt; an seiner Stelle soll ein großer freier Platz, das Zentrum der Ausstellung, entstehen, zu dem die Eintretenden durch das Säulenportal an der Lennestraße gelangen. Die beiden Brücken über die Lennestraße werden völlig in Eisenbeton hergestellt und mit hohen Aufbauten versehen. Acht Obelisken flankieren die Aufgänge. Die beabsichtigte Errichtung einer Schwimmhalle mit elektromotorischer Wellenbewegung, wie sich eine im Starnberger See befindet, ist an den hohen Kosten gescheitert. Das Gesamtterrain umfaßt 320000 Quadratmeter, davon sind 55000 Quadratmeter von Gebäuden überbaut; hierzu kommen noch 12000 Quadratmeter, die der Städtische Ausstellungspalast bedeckt. Rechnet man noch die verbedeten Verbindungswege hinzu, so enthält die Ausstellung insgesamt 70000 Quadratmeter überbautes Land. Die große Berliner Industrie-Ausstellung hatte nur 27000 Quadratmeter überbautes Land.

Der Urlaub als sittliche Pflicht des Prinzipals.

Eine interessante Entscheidung fällt die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die Verkäuferin J. hatte im Juni von dem beklagten Kaufhaus Geld 10 Tage Urlaub bekommen. Beim Engagement war ihr der Urlaub zugestanden worden, gleichzeitig mußte sie sich aber verpflichten, sich die Tage vom Gehalt wieder abzuziehen zu lassen, wenn sie im Laufe des Jahres kündigt. Als die Stägerin zum 1. Dezember kündigte, wurden ihr auf Grund dieser Vereinbarung 30 M. abgezogen. — Das Kaufmannsgericht sprach der Stägerin die geforderten 30 M. mit folgender Begründung zu: Der Urlaub ist als eine Schenkung anzusehen, denn die Zuzahlung erfolgt unentgeltlich, das Gehalt wird ohne Dienstleistung gezahlt. Das Gericht trage auch keine Bedenken, der Auflösung Raum zu geben, daß der Urlaub eine Schenkung ist, die einer sittlichen Pflicht entspricht. Dieses Schenkungsverhältnis nach § 534 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht zurückgefordert werden. Da es sich um eine sittliche Pflicht handelt, so verliert naturgemäß eine gegenseitige Abrede gegen die guten Sitten und ist rechtswidrig. Eine solche Abmachung würde auch das Kündigungsrecht des Gehilfen in unzulässiger Weise beschränken, denn es ist fraglos, daß, wenn der Prinzipal sich vorbehält, das Geld zurückzufordern, wenn der Angestellte kündigt, auf diesen ein Druck ausgeübt wird, der einer Beschränkung der Kündigungs-freiheit gleichkommt.

Aus den Bezirksausschüssen.

In geheimer Sitzung erledigte der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt Konzeptions-gesuche. Genehmigt wurden die Gesuche: John in Cohnmannsdorf, Kantinenbetrieb beim Bau der Wasserwerk-anlage in Rabenauer Grunde (ausschließlich Brauwerk-schaft); Gähler in Wannowitz, Konzeption für den Gashof (Uebertragung); Lued in Deuben, Bier- und Brauwerk-schaft (Uebertragung); Unger in Rößthal, Konzeption für den Gashof (Uebertragung); Gähler in Rößthal (Uebertragung der vollen Schankkonzession); Gesuch des Zwangsverwalters für den Gashof Döhlen (Uebertragung der Konzeption auf den Gastwirt Angermann für die Dauer der Zwangsverwaltung). Abgewiesen wurden die Gesuche Gräßlers in Janderoße (Schankkonzession), des Gastwirts Claus in Grund (Tanz für geschlossene Gesellschaften) und des Tanzlehrers Böhmig in Deuben (Tanztunndeballe). — Ferner wurden die Rekluse des Gemeindevorstandes Elektrizitätswert für den Blauenstein Grund gegen die Veranziehung zu den Besitzveränderungs-abgaben in Cossin und Sordorf und der Firma Wiltz, Reg. Bergemaschinenfabrik in Niederhäslich, gegen die Höhe der von ihr zu entrichtenden Besitzwechselabgaben ver-worfen, das Gesuch des Gemeindevorstandes in Goppeln in befristigt und die Darlehensaufnahme der Gemeinde Hartz a nach dem neuen Tilgungspläne genehmigt, während man das Angebot betreffs Ankaufs des Mineralbades in Hohenstein-Gersdahl auf sich beruhen ließ.

Am Viktoria-Salon findet am Mittwoch den 1. März Programmwechsel statt. Das März-Programm bringt die aus ca. 18 amerikanischen schwarzen Künstlern bestehende Regie-Eporette Der falsche Prinz. Ferner: drei Däninnen als Par-fukängerinnen, die Humoristen Wolf Wolker und Schrift-steller Otto Otto, als Springer die Jungs-Truppe (8 Personen), The Gasparos, Akrobaten an der elektrischen, rotierenden Leiter, The Original Hiltib Company in ihrem komischen hyp-notischen Akt, Paul und Lydia mit ihrem Storch Auf dem Hühnerhofe u. a. m. — Auch im Tunnel-Kabarett tritt am 1. März ein neues Ensemble auf. Das Entree ist frei. Anfang täglich 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Vermischte Nachrichten. Wegen langsame Beförderung von Priesen, die während der Tagesstunden nach Berlin ausgegeben werden, hatte sich eine Dresdner Firma bei der Handelskammer beschwert und die Kammer war deshalb bei der Post vorstellig geworden. Die Oberpostdirektion teilte mit, daß die Schlusszeiten für die Abfertigung mit dem Zuge ab Dresden 10 Uhr vormittags bei den vom Hauptbahnhof entfernter gelegenen größeren Postämtern der Altstadt bis zum äußersten Zeitpunkt hinausgeschoben werden sollen. Die Oberpostdirektion in Berlin habe sich ferner damit einverstanden erklärt, die mit dem Zuge ab Dresden 9 Uhr 12 Minuten eingehenden Dresdner gewöhnlichen Briefsendungen auch in den wichtigsten Postbezirken im Zentrum Berlins noch an demselben Tage abtragen zu lassen. — Ein Zusammenstoß ereignete sich am Sonnabend an der Kreuzung der Waiien-hausstraße und Viktoriastraße. Ein Automobil fuhr in ein Kleidergeschäft hinein, das Pferd stürzte und erlitt erhebliche Verletzungen. Der Chauffeur des Kraftwagens fuhr schleunigst davon, doch wurde die Nummer des Wagens erkannt.

Gewerbegericht.

Gegen die Inhaberin eines öffentlichen Hauses, verheh. de Guas, klagte die Aufwärterin Vogel wegen 31 M. Lohn-entwöhnung. Die Klägerin wurde vom Ehemann der Beflagten ohne Kündigung entlassen, weil sie eine halbe Stunde später zur Arbeit kam und ihre Arbeit nicht richtig gemacht haben soll. Ein berechtigter Grund zur Entlassung liegt nicht vor, die Be-klagte macht aber geltend, sie habe bei der Annahme der Klägerin ausdrücklich Kündigungswilligkeit vereinbart, und diese habe bei der Entlassung auch nicht Weiterarbeit oder Entschädigung verlangt, sondern vielmehr ihr Einverständnis mit der sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses durch die Klägerin bekundet: es mache nichts, sie bekomme allemal wieder Stellung. Daß Kündigungswilligkeit vereinbart worden sei, bestreitet die Klägerin, eine ähnliche Äußerung bei der Entlassung gibt sie aber zu, sie will sie nur anders gemeint haben. Allerdings habe sie dem Ehemann der Beflagten gegenüber nicht ausdrücklich gegen die Entlassung protestiert, sie habe aber deswegen die Inhaberin, die sie allein für kompetent hielt, sprechen müssen, woran sie jedoch verhindert wurde. Die Auffassung, daß nur die Beflagte zur Entgegennahme einer derartigen Willens-äußerung kompetent sei und nicht deren Mann, ist irrig und die Klägerin muß deshalb ihre Klage schon aus diesem Grunde zurück-ziehen.

Für unzuständig erklärte sich das Gewerbegericht in einer Klage der Sängerin Barnebold gegen den Direktor und Schankwirt Hofmeister wegen 130 M. Wage und Sagenentschädigung, weil nach einem Gutachten des Professors Jungst die Beurteilung der Leistungen der Klägerin ein höheres Ausmaßinteresse in Frage kommt. In diesem Falle ist das ordentliche Gericht zuständig. Die Klägerin zieht ihre Klage zurück.

Der Koch Hubert wurde von der Schankwirtin verzo. Kustel ohne Kündigung entlassen, weil er wiederholt nachts länger e-sonn in Ausgange fortblieb. Trotz vorheriger Verwarnung blieb er wieder weg, kam die Nacht überhaupt nicht zurück und konnte auch aus anderen Tagen den Dienst noch nicht morgens an-treten. Nach Ansicht des Gerichts war die Entlassung berechtigt. Der Kläger zieht deshalb seine Klage wegen Entschädigung zurück.

Die Kellnerin Krause war gegen 10 M. Monatslohn und freie Station bei dem Schankwirt Berger in Stellung. Sie wurde krank und sollte am 1. Februar wieder antreten. Da sie nicht wieder angenommen wurde, forderte sie 53,87 M. Lohn-entwöhnung für 14 Tage. Die Tochter des Beflagten, die das Geschäft führt, behauptet, es sei vierteljährige Kündigung vereinbart worden. Da das von der Klägerin in Abrede gestellt wird, zählt der Beklagte verjährungsweises 20 M.

Die Wirtschaftlerin Höp und der Schankwirt Reiche wollten sich heiraten. Da die Wirtschaftlerin Reiche erst lernen wollte, ging sie zunächst zu ihm in Stellung. Sie war 4 Jahre nicht fortgekommen und ging deshalb einmal aus. Da sie die Nacht über nicht zurückkehrte, löste Reiche am anderen Tage das Verhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsgeld. Die Wirtschaftlerin forderte deshalb 33,83 M. Lohnentwöhnung. Die Entlassung war un-begründet. Die Klägerin gibt sich aber verjährungsweises mit 25 M. zufrieden. — (Vorstand: Obergewerbegericht Städt. Unternehmensdirektor: Trautwein Akt und Gasfeller Behod. Arbeiter-beiher: Keiner Wilemann und Brauer Striepel.)

Aus der Umgebung.

Arnsdorf. Mittwoch den 1. März, abends 7 Uhr, findet Dorfstraße 3, Zimmer 8, öffentliche Sitzung des Gemeindevorstandes statt.

Vorschappel. Der 4. Bezirk veranstaltet Mittwoch den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Weymann, Nieder-vorlat, Cöschiger Straße 21g, einen Frauenklubabend. Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen wird erwartet.

Deuben. In der letzten Schulvorstandssitzung wurde die Resolution des Gemeindevorstandes von Dresden-Alt- und Neustadt gegen die Grundforderungen der Lehrer beraten. Die bürgerliche Mehrheit stimmte geschlossen für die Resolution, während der Vertreter der Lehrer mit unseren Genossen stimmte, so daß die Resolution mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt wurde. Besonders hervorzuheben wollen wir, daß der Schuldirektor mit der bürgerlichen Mehrheit stimmte.

Gohrisch. Heute Montag, abends 8 Uhr, öffentliche Ge-meindevorstandssitzung in Anders' Restaurant.

Dobritz. Zum Gemeindevorstand wurde Herr Gemeinde-fassierer Gegevald in Reich gewählt. Auf die Ausschreibung der Gemeindevorstandsstelle waren 111 Gesuche eingegangen. Die Wahl des Herrn Gegevald-Reich erfolgte einstimmig.

Vereinstatender für Dienstag. Metallarbeiterverband. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung im Volkshaus, Rittenbergstraße. Deutscher Arbeiter-Ehrenobrigaden-Verein. Abends 8 1/2 Uhr, Montagabend bei Kufel.

Gerichtszeitung.

Jugendgericht. Rino und Kriminalität Jugendlicher. Um sich die nötigen Mittel zum Besuche von Pantomimentheatern zu verschaffen, ent-wendeten ein 15jähriger Kuchtmacher und ein 14jähriger Schulfachbe-gemeinschaftlich vom Vesperplatz der Götterlagerhaus-Mietersgesellschaft für 3 M. Kuchtmacher. Der „Kuchtmacher“ soll außerdem auf einem Sport-platz verhaftet haben, Geld aus der Kasse zu stehlen. Daß er

Geld nehmen wollte, bestrafte er, er habe nur den Schulfachbe-gemeinschaftlich zurückzuführen. Den Eltern ist daran keine Schuld be-zuschreiben, sondern den sozialen Verhältnissen. Die Eltern müssen sich bis abends schwer arbeiten, die Väter waren längere Zeit im So blieben sich die Jungen selbst überlassen. Die Staatsanwaltschaft machte die Rino für die Eigentumsvergehens Jugendlicher verant-wortlich. Das Gericht erkannte auf je einen Verweis.

Geistig minderwertig ist nach Aussage des Erbpfarrers ein ein Schloßerlehrling, der einem Pantinenten 5 M. aus der Hand entwendete. Der Vater glaubte diese Reueigung mit unterhalten, diesershalb mißhandelt habe. Das Gericht brachte zum Ausdruck, es eine derartige erzieherische Einwirkung nicht für gerügt hält, empfahl dem Vater, sich des Jungen anzunehmen. Mit Rücksicht die Minderwertigkeit des Angeklagten erkannte es auf einem Verweis.

Landgericht.

Gefesselt vorgeführt und auch während der ganzen Zeit in diesem Zustande belassen wurde der 35jährige Arbeiter-schüler Max Emil Wälsch. Diese Verhaftungsregeln waren ver-schieden unterommen und hierbei ungewöhnliche Vorkommnisse ge-zeitigt hatte. Kupper mehreren Gefängnisstrafen hat er auch schon sieben Jahre in Justizhäusern verbracht. In der Nacht zum 26. Sep-tember drang er durch Zerrücken des Fensters in die Zelle eines Schuttmachers in Gohrisch ein und stahl eine Leinwand, eine Kette sowie sechs Paar Stiefel und Kleiderstücke. Am 5. Okt. entwendete er von dem Laden eines Kleiderbändlers in der W. Gasse von den dort ausgehenden Kleidungsstücken einen Paar am 15. Dezember in der Bettlerstraße von einem Borderever-mer auf dieselbe Weise einen kompletten Anzug im Werte von 26 M. einem Kleiderverleiher borgte er sich am 17. Dezember einen Anzug Gehrockauszug und unterschrieb den Verleiher mit einem falschen Namen. Die dazu benutzten Legitimationspapiere hatte er bei je-neh mehreren Kleiderbändlern aus einem verfallenen Kasten hiesigen Jentralberges gestohlen. Das Urteil lautet auf vier 1/2 Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Ver-weisung.

Gewissenlose Schwindereien betriben im Jahre 1908 der Wirt Althograd und Walter Georg Friedrich Thiemer in Gohrisch. In dem 35jährigen Handlungsgehilfen Adolf Richard Jökel, der sich als Buchdruckereibesitzer und Jodbrunn für Wundfortes etabli-erte und J. fungierte bei ihm als Buchhalter. Als das Geschäft im Jahre 1908 ins schlechtere zu gehen und Th. keine Betriebsmittel mehr hatte, kamen beide auf die Idee, Veronal mit Geschäftskonten zu-justellen. Durch falsche Buchungen ließen sie sich über 1000 M. an-nahmen den sich Meldenden ab was möglich war. Sie haben diese Welle in neun falschen Geldposten von 400 bis 1500 M. reichs-Markensnoten es sauer geparte Notwendige, in einigen Fällen ge-geborgtes Geld derer, die gem Arbeit haben wollten. Trotz jedem der Antretenden gesagt und ihnen auch schriftlich ver-merkt wurde, daß sie ihr Geld nach erfolgter betrogenehmer Rückgabe sofort aus dem „Kontogebenden“ Geschäft heraus ziehen, hat sie einen Versuch wieder bekommen. Die Angeklagten haben sich diese Welle fast 7000 M. beschafft. Außerdem hat Th. aus ein-hiesigen Geschäft eine Schreibmaschine für 350 M. auf Kredit ab-genommen und sie weiter verkauft, ohne sie voll bezahlt zu haben. Th. hat zu einem Jahr sechs Monaten und J. zu einem Jahr fünf Monate Gefängnis und jeder zu zwei Jahren Ehrenrechtsverlust verur-teilt.

Schöffengericht.

Im Drunter und Früber. Das 21jährige Hühnerhahn Johann Marie Daise Stiel war bei einem Kaufmann in Erlang, vor et-reiche Kautin geheiratet hatte. Die Klage der klugen Frau über die Höhe von 250000 M. wurde von dem Paar in kurzer Zeit bestritten. Der Kaufmann mußte den Konflikt annehmen und verzichtete auf seine Frau. Während nun das Diensthändchen am Klage- und Gerichtsbesitzern — die es auf die zehnjährige Wohnver-einbarung abgesehen hatten — allein standhalten mußte, kam ihr der Ge-danke, es werde nicht darauf ankommen, wenn sie sich in dem Wirt durchheimander bei der Räumung der Wohnung durch die Klage- auch einige Wirtschaftsgüter für ihr zukünftiges Leben rüsten. Sie brachte deshalb einige Gardinen, ein paar Schuhe und Porzellan in einem Kasten einer anderen Klage vor den Klägern und Ge-richtsbesitzern in Sicherheit und nahm die Sachen heim in die heimel mit. Die Klage wurde nachher die Klage nach dem Ver-fahren des Diebstahls verhandelt. Der Wert der gestohlenen Sachen war von der Dienstherrin auf 708 M. eingeschätzt. Ein Sachver-ständlicher sollte 100 M., ein Tischlermeister ebenfalls 100 M. und ein Tischler 120 M. Wert haben. Das Gericht legte den Wert auf höchstens 500 M. fest und billigte dem Mädchen mit Rücksicht auf ihre atose Verhältnisse milde Umstände zu. Es erkannte auf drei Wochen Gefängnis.

Militärgericht.

Ein hartes Urteil wurde gegen den Grenadier der Infanterie Mann gefällt. Er hatte während seiner Dienstzeit seinen Kameraden Pappomade Briemarmen und eine alte Leinwand entwendet. Das Kriegsgericht beurteilte ihn zu vier Wochen strengen Arrest und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Degradiert wurde der Unteroffizier der Landwehr Artillerie weil er vor drei Jahren einem Wirtschaftsbefehl in Gohrisch einen Kofferpfand entwendet hatte. Die Degradation erfolgte im schluß an das Schöffengerichtsurteil: drei Tage Gefängnis.

Neues aus aller Welt.

Gemeine Frevler. Berlin, 26. Februar. In Riga hat eine Frau mit ihren siebenjährigen Söhne einige Einkäufe besorgt und auf dem Heimweg nur für kurze Zeit den Knaben aus dem Auge gelassen. Als sie hörte sie das Kind laut aufschreien und sah, wie ein junger Bube über ein Messer in der Hand trug, bahonellte. Das Gesicht des Buben war vollständig mit Blut bedeckt. Man schätzte den Schaden auf 100 Mark. Der Arzt stellte eine mehrere Zentimeter tiefe Wunde unterhalb des linken Auges und eine zweite Wunde an der Stirn nahe des Schläfe fest.

Zum Verschwinden des Bürgermeisters Tränkel von Weiden. Berlin, 26. Februar. Die Nachforschungen nach dem ver-schollenen Bürgermeister Tränkel von Weiden scheinen bis jetzt erfolglos zu ergeben, daß der bereits seit 10 Tagen Vermisste nach am Lande ist. Am Sonnabend abend soll er auf dem Wagenseife Acce ge-sehen worden sein.

Schneller Balkonflug. Chemnitz, 26. Februar. Gestern vormittag hing bei dem artigen Winde der Ballon „Chemnitz“ zu einer Weisheit auf. Nach 78 Minuten hatte er die 150 Kilometer lange Strecke nach Prag durchflogen und landete glatt in Prag bei Prag.

Beurteilter Totschläger. Olitz, 26. Februar. Das hiesige Schwurgericht beurteilte den Fleischer Eduard Trautmann aus Ruchow wegen Totschlags, begangen an der Emma Sander aus Ruchow, zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust unter Einbeziehung von drei Jahren Zuchthausstrafe wegen Mordhandeln.

Briefkasten.

Streitkräfte. In Preußen wird diese Barbareit allerbaldig mit dem Fallbeil betrieben.

Deutscher Reichstag.

Sonnabend, 25. Februar, vorm. 11 Uhr.

Enthüllung des Bildes des Kaisers.

Zweite Sitzung des Reichstages.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Abg. v. Eder zu Puch (konf.): Der Etat ist unstrittig mit dem Reichstag vereinbart, so daß die Reichsregierung nicht gezwungen ist, die Reichsregierung in den letzten Jahren bemüht zu sein, die Reichsregierung zu unterstützen.

Was, den Reich auch noch Diäten?

(Große Mehrheit.) — Interessant waren die Ausführungen des Abg. Müller-Meinungen über die Ehrengelder. Auch bei der Entlassung des Grafen v. Bartenstein hat jedenfalls ein Ehrengeld die Hand im Spiele gehabt. Das Disziplin im Heere notwendig ist, haben wir auch immer anerkannt, aber die Disziplin, die nur durch die Androhung maßvoller Strafen aufrecht erhalten wird, ist nicht als Sabotage zu betrachten.

Das es auch freiwillige Disziplin gibt, können Ihnen unsere Massen-demonstrationen beweisen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Kriegsminister sagt, in der Armee sollen die Soldaten zu denkenden Menschen erzogen werden. Ganz unsere Meinung! Aber Ihr System erodiert jede Individualität, der Soldat soll ja die unfinnigsten Befehle ausführen. Um Gnade dürfte es sich bitter rufen, daß man aus den Soldaten

Figuren gemacht hat, die sich auf Kommando drehen und wenden, und denen man systematisch jede Selbständigkeit genommen hat. — Landwehrleute, die sich weigerten, auf Befehl eines Hauptmanns die Weichsel zu durchschwimmen, weil das der sichere Tod war, sind zu schweren Justizstrafen verurteilt; der Hauptmann kam später ins Irrenhaus, aber die Soldaten wurden nicht begnadigt, das Gericht erklärte, sie hätten dem Befehl Folge leisten müssen und sich hinterher beschweren können. — Die schlechte Finanzlage führte man an, um

das Versprechen der Erhöhung der Mannschafszahl wieder nicht einzulösen. Und im nächsten Jahre wird es ebenso sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Jahre 1880 forderte Peter Reichensperger die allgemeine Abrüstung, damit man nicht schließlich zu einer

Armee von fechtenden Bettlern komme. Heute aber ist das Zentrum militärisch geworden. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir die einzige Partei sind, die noch den Kampf gegen den Militarismus führt, und das Volk draußen wird es danken. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) — Der Kriegsminister sprach auch von der militärischen Jugend-erziehung. Schon vor Jahrzehnten hat sie Bebel gefordert. Aber damals wurde er belächelt. Jetzt kommt man dazu, aber auch hier will man bei uns weit mehr auf die „gute Gestaltung“ sehen, als auf die körperliche Ausbildung. In Berlin besteht eine sogenannte Offiziers-Hinrichtung. Neuerdings erzählt man, daß auch eine Jugend-artillerie errichtet werden soll, der man eine Kanone stiften will. (Lebhaft.) Nächste wird man vielleicht auch eine Jugend-Abteilung für Luftschiffahrt stiften und ihr ein Luftschiff zur Verfügung stellen. (Lebhaft.) — Das Deutsche Armeekorps wünscht die Anhebung inaktiver Offiziere im Osten. Wie wissen ja, daß man auch in anderen militärischen Kreisen sich der Landeslustur zuwendet, daß man Moor kultiviert und durch sonderbare Kreuzungen große Vieher erzeugt. (Lebhaft.) Vielleicht wünscht man, daß auch andere Offiziere sich mit Landwirtschaft beschäftigen. Man weiß uns vor, wir verheeren die jungen Leute gegen den Dienst; in der Leipziger Volkzeitung werden sie aufgefodert, dafür zu sorgen, daß die Mißhandlungen der sogenannten alten Leute gegenüber den Neulingen aufhören. Alte und junge Leute sind Klassenengenossen, heißt es da, daher ist auch beim Militär Solidarität und meidet den Schnaps. Das ist unsere Verheißung. Wir freuen uns, sagen zu können, daß sozialdemokratische Neulinge weniger geschwätzt werden als andere. Aber ich frage den Kriegsminister, was an dem Gerücht ist, daß aus den reichsständischen Garationen ziemlich viel Soldaten desertieren. Daß etwas daran ist, beweist die Warnung des Kriegsministers vor der Fremdenlegion. Dort kommen freilich die deutschen Deserteure nur vom Regen in die Traufe, und die Arbeiterblätter warnen in jeder Weise vor der Fremdenlegion. Ich erinnere an den unerschrockenen Fall, wo man einen deutschen Soldaten der Fremdenlegion in der Wäste zurückließ und ihm vorher noch die Waffen abnahm, um wenigstens diese für Frankreich zu retten. Unser Genosse Janda hat diesen skandalösen Fall in der französischen Kammer zur Sprache gebracht, und sein General hat ihm vorgeworfen, er lese das Ansehen Frankreichs in den Augen des Auslands herab, wie das so häufig bei uns geschieht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man soll die Soldaten so behandeln, daß sie nicht zu Selbstmord und Desertion getrieben werden. — Dann bitte ich den Kriegsminister um Auskunft darüber, daß den babylonischen Soldaten im Urlaub ein Flugblatt gegeben worden sein soll, welches lautete: „Rache für 1848 und 1866.“ Das Volk ist mit uns, und die Soldaten werden aufgefordert, an Kaisers Geburtstag den Gehorsam zu verweigern. Es wurde damals eine große Aktion eingeleitet und die Weichsel überlaufen, als sie dem Urlaub zurückkamen, ausfrenzten durchs Land. Wochens Zeitungen schreiben sofort, daß kommt von dem Großklub in Baden. (Lebhaft.) Vom Resultat der Untersuchung haben wir noch nichts vernommen. Kann der Kriegsminister uns Auskunft geben, ob ein solches Flugblatt tatsächlich verbreitet worden ist? Der Verfasser könnte nur ein

Wahnsinniger oder ein Redspiegel sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch das Soldatenbrot, aus dem Herr Liebert gittert, stammt aus ähnlicher Quelle. (Zustimmung bei den Soz.) Aber der Sozialdemokrat sollte eben etwas angedacht werden. Man hätte ja auch die Aufzählung an den Reichstagsler zu vermeiden. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn Sie behaupten wollen, daß Soldatenbrot stamme von der Sozialdemokratie, so reicht sich diese Behauptung Ihnen vielen Behauptungen an, die später als unwahr erkannt wurden. Wir treiben keine Politik bei den Soldaten, wohl aber andere Herren, vor allem gegen die inaktiven Generale gegen die Sozialdemokratie los. Herr Liebert versucht ja das in seiner Wochenschrift so schön zu arrangieren, aber er war recht ungeschickt.

ein Klient im Porzellanladen ist noch vorsichtig, verglichen mit solchem General, der gegen die Sozialdemokratie losgeht. (Große Heiterkeit.) Der General von Brochmann meint, eigentlich sind die Soldaten an den Soldaten-mißhandlungen schuld, weil sie die Herren der Vorposten so stark reizten. (Lebhaft.) Der durch sein merkwürdiges Auftreten im Reichstag bekannt gewordene General von Dörmann hielt in Vorkort einen Vortrag, worin er von der Gefahr des ewigen Weltfriedens sprach und die Friedensidee für eine erntende Idee erklärte. Gerade in Grenzorten sollten sich doch Offiziere von jeder Kriegshetze fernhalten. (Zustimmung bei den Soz.) In verurteilen ist auch die politische Agitation der Kontrollkommission. In Ostrowo wurde ein Arbeiter, weil er im Arbeitskleid, übrigens aber völlig sauber, zur Kontrollversammlung erschien, von dem Offizier als Schwein bezeichnet und zwei Tage eingesperrt. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Loosmann hielt in Kassel einen Vortrag über Kolonialpolitik, dem 200 Soldaten beiwohnten. Heißt das nicht Politik in der Armee treiben? (Sehr wahr! bei den Soz.) Dann hat der Kriegsminister sich über den Erlaß des Generals von Bissing geäußert. Die Offizierszeitung, gewiß kein sozialdemokratisches Blatt, hat mitgeteilt, an sämtliche Armeekorps sei der Befehl ergangen, neues Material zur Revision der Auftragsbestimmungen einzutreiben. Dängt das mit dem Bissing'schen Erlaß zusammen? Der Minister nannte den Erlaß nur eine historische Studie. Eine solche legt man doch in Wäldern nieder, nicht in Gelassen an die nachgeordneten Untergebenen. Der Herberverwaltung schein es nicht angeheim, daß der Fall hier vorgebracht wurde, es scheint aber, daß ähnliche Erlasse auch bei anderen Armeekorps bestehen. Man sind denn diese historischen Studien gemacht? Reichstagsabgeordnete haben wir erst seit 1870. Der General von Bissing der sich über die Immunität der Abgeordneten hinwegsetzen will, scheint nichts davon zu wissen, daß das

ein schwerer Bruch der Verfassung wäre. Der Kriegsminister sagt, in dem Erlaß seien nicht Sozialdemokraten gemeint. Der denn, von wem scheidet man denn einen Anführer? Meint der Minister vielleicht, die Vertueuerung der Lebensmittel führt zu schweren Schäden und deshalb müßten die Agrarier

und die ihnen nahestehenden Abgeordneten eingesperrt werden, zunächst Herr v. Oldenburg? (Heiterkeit und Zuruf bei den Soz.: Das wäre aber schade! Erneute Heiterkeit.) Das scheint es, daß man sich nicht von dem Gedanken freimachen kann, daß die Sozialdemokratie Strafenlämpchen vorbreitet. Das Ansehen Deutschlands vor dem Ausland wird dadurch nicht gefördert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir weisen immer darauf hin, daß das Propagieren von Strafenlämpchen

heller Wahnsinn wäre. Wir sagen stets: Laßt euch nicht provozieren! Und stehen ganz andere Kampfmittel zur Verfügung! Wir verfolgen unsere Ziele im Rahmen der Gesetzgebung, und wenn wir nach Erweiterung dieses Rahmens streben, so ist das im Einklang mit den Gesetzen. (Zustimmung bei den Soz.)

Kampf vor der Sozialdemokratie treibt zu solchen Vorkehrungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß immer mehr Sozialdemokraten in die Armee hineinkommen, ist ganz unabweisbar, und ebenso zweifellos kann man solchen mit Sozialdemokraten gefüllten Regimenter nicht beschließen, auf Vater und Mutter zu schließen. (Lebhaftes Geklapper bei den Soz.) Der Kriegsminister hat bestritten, daß Soldaten als Arbeits-willige verwendet werden, in Wäldern hätte ein öffentlicher Notstand vorgelegen, die Weidre der Brauerei sollten nicht verhängern. Wenn der Notstand nur ein Notstand des Brauereibesitzers; er hätte ja selbst sein Vieh füttern können. (Lebhaftes Geklapper bei den Soz.) Wir protestieren dagegen, daß Soldaten als

Platzhalter für Arbeitswillige verwendet werden. (Lebhaftes Geklapper bei den Soz.) Bei der Anwesenheit des Kaisers auf der Marienburg hat man Soldaten als Ordensritter modifiziert. Das mag für diese ganz amüsan gewesen sein, aber mit dem Tient hat das nichts zu tun. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Der Kriegsminister nannte die Armee das Rückgrat des Staates. Da verwehrt er die Begriffe, das Rückgrat des Staates sind die Steuerzahler.

die werktätige Bevölkerung. Ohne Militär ist ein Staat denkbar, nicht aber ohne werktätige Bevölkerung. (Lebhaftes Geklapper bei den Soz.)

Abg. Gohlem (fortschrittlich): Von den Ausgaben für das Heer will der Kriegsminister das abziehen, was im Inland gekauft wird. Das ist doch eine recht naive nationalökonomische Auffassung. Produkte sind nur solche Ausgaben, die unmittelbar oder mittelbar der Gütererzeugung dienen. Eine Verminderung der unproduktiven Ausgaben für die Rüstungen könnte man durch eine Verbilligung der Staaten erreichen. Mit großer Empfindung ist hier betont worden, daß das platte Land prozentual mehr Steuern stellt als die Städte. Das ist nicht richtig. Es steht fest, daß die Steuern der ländlichen Tagelöhner prozentual weit hinter der der Industriearbeiter zurückbleiben. (Hört, hört! links.) Deshalb ist die Militärverwaltung daran interessiert, daß der kleine und mittlere Grundbesitzer gegenüber den Latifundien gefördert wird. Auch dafür sollte der Kriegsminister sich einsetzen, daß mit dem System der Lebensmittelverteilung gebrochen wird, durch welches die Volksernährung und die Volkskraft ruiniert werden. (Lebhaftes Geklapper links.) Disziplin muß im Heere herrschen, gewiß. Aber gehört die

auperordentlich milde Bestrafung der Soldatenführer auch zur Disziplin? Gehört es zur Disziplin, daß sie sich nicht niederlegen dürfen, wenn man ihnen Befehl, sich in Fügen zu legen oder Spiel zu aufzulegen. Es muß eine Grenze geben, bei der der Gehorsam aufzuhören hat. (Lebhaftes Geklapper links.) — Ich möchte die direkte Frage an den Kriegsminister richten: muß etwa ein Offizier, wenn es ihm von einem Vorgesetzten, sagen wir einmal, aus dem Oberst auf Befehl eines Generals sich in die Knie legen? (Wärm rechts.) Lebhaftes Geklapper links. Kriegsminister v. Heeringen schlägt die Hände über dem Kopf zusammen.) Was wollen Sie, meine Herren? Sie sprechen doch immer von Disziplin. Soll die unbedingte Gehorsamspflicht nicht auch für Offiziere gelten? (Stürmisches Geklapper links.) — Immer mehr wird die Öffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen eingekerkert. Schon ist es eine Seltenheit, wenn gegen Offiziere öffentlich verhandelt wird; gegen Offiziere wird unter dem jetzigen Kriegsminister überhaupt nicht mehr öffentlich verhandelt. (Hört, hört! links.) Hat der Reichstag die Öffentlichkeit nur beschlossen, damit sie in Verhandlungen gegen Gemeine zur Anwendung gelangt? (Sehr gut! links.)

Rebner begründet nunmehr die fortschrittliche Resolution auf Befreiung der politischen und konfessionellen Rücksichten bei der Belegung militärischer Stellen. — Man hat gesagt, die politischen Rücksichten können nicht ganz ausgeschlossen werden, man könne doch nicht Sozialdemokraten zu Offizieren befördern. Im republikanischen Frankreich gibt es republikanische Offiziere. Hier in Deutschland ist es freilich für einen freireichlich genannten Mann kein Vergnügen, Offizier zu sein. Erst neulich hat wieder ein Offizier, dem von seinem Vorgesetzten das glänzende Zeugnis ausgestellt wurde, den bunten Rock angezogen, weil er sich die fortgesetzte politische Verbannung nicht gefallen lassen wollte. (Hört, hört! links.)

Rebner wendet sich nunmehr zu der Frage des Ausschlusses der Juden von Offiziersstellen. Diese Ausschließung steht in direktem Widerspruch zu den elementarsten Prinzipien des Rechts und Verfassungsmäßigkeiten. (Lebhaftes Geklapper links.) Rebner trägt eine Anzahl derartiger Fälle vor. (Die Rechte begleitet diese Ausführungen mit ironischen Bravos. Zuruf bei den Soz.: Verweigern Sie doch das Gehalt des Kriegsministers, bis Ihre Forderungen erfüllt werden.) Im jetzigen Reichstag würde das eine leere Demonstration sein. Aber im nächsten Reichstag läßt sich vielleicht darüber reden. (Heiterkeit.)

Kriegsminister von Heeringen geht in mehr oder minder langen Antworten auf die Ausführungen der sämtlichen Vorredner ein. Er dankt dem Abg. Wans zu Puch für die warme Anerkennung, die er der deutschen Armee gezollt habe, und protestiert dagegen, daß der Abg. Stübben einen Unterschied zwischen Prinzen und Grafen in der Armee und den andern Offizieren konstatiert habe. Es gibt keinen Unterschied zwischen Adel und Bürgerum in der Armee. Die militärische Tüchtigkeit ist an keinen Stand gebunden. (Lebhaftes Geklapper links.) Auf: Siehe 1806! Große Heiterkeit links.) Die Parabeln sind wahrlich nicht der Rede wert. Sie betragen 12 Pf. pro Kopf. Im Frieden muß man dem Soldaten auch ein wenig Freude an der bunten Uniform lassen. (Große Heiterkeit bei den Soz.) — Der General Reim hat nach unserer Kenntnis keine dienstliche, sondern eine nationale Rede gehalten. — Daß Soldaten zu einem Vortrage des Abg. Loosmann geführt worden sind, ist weder Schuld des Abg. Loosmann noch der Militärverwaltung, sondern beruht auf einem Irrtum der Gesellschaft, die diese Vorträge veranstaltete. —

Der Kriegsminister wendet sich darauf, wie er selbst sagt, zur „Judenfrage“ und bestritt, daß die Armee antisemitisch gestimmt sei. Es sei auch strengstens angeordnet worden, daß keine Zurückweisung auf antisemitischen Regungen heraus erfolgen dürfe. Zurufen sei, daß bisweilen Zurückweisungen erfolgen. (Hört, hört! links.) — Unter großer Heiterkeit der Linken lud der Kriegsminister nachzuweisen, daß in jedem einzelnen der mentioneden Fälle nicht das Judentum des Betroffenen, sondern „dienstliche Gründe“ die Nichtbeförderung verurteilt haben.

Der Kriegsminister wendet sich nunmehr wieder gegen den Abg. Stübben. — Der Erlaß Bissing war in der Tat eine historische Arbeit. Die Vorbereitung für den Fall eines Ausstandes ist Pflicht der Armee. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wenn Herr Stübben fragt, gegen wen diese Vorbereitungen getroffen werden, so antworte ich: gegen alle die, die Freiheit und Gesetz gefährden. (Lebhaftes Geklapper rechts.)

Was die Sache mit dem Flugblatt in Bayern (Zuruf: Baden) betrifft, so gebe ich zu, daß der Inhalt wahrhaftig ist. In unserem gefunden Heere ist glücklicherweise kein Boden für solchen Wahnsinn.

Portugal
Seine Geschichte

Wenn es im alten Europa ein Land gab, in dem sich noch und nach Möglichkeiten der Kultur ausbreiten, so war es Portugal. Die letzten Portugiesen aus dem Altertum sind die Nachkommen der Kelten und Iberer gewesen, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen. Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Dresdner Kalender

Theater, Repertoire vom 28. Februar. Opernhaus (Mittag): Der Hugenotten. Operette in drei Akten. Musik von Johann Strauß. 7. Uhr. — Schauspielhaus (Abend): Der Hugenotten. Operette in drei Akten. Musik von Johann Strauß. 7. Uhr. — Schauspielhaus (Abend): Der Hugenotten. Operette in drei Akten. Musik von Johann Strauß. 7. Uhr.

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

Die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen, die Kelten, die sich im Westen des Mittelmeeres niederließen...

